

60

AR

**Die neue
Volkspartei**

Rathausklub Wien

Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Sabine SCHWARZ und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Kostenwahrheit bei Wiens Kinderbetreuungseinrichtungen

In Wien wird der überwiegende Anteil an elementaren Bildungs- und Betreuungsplätzen von privaten Trägerorganisationen angeboten, die damit die wesentliche Säule der Kinderbetreuung in Wien sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bliebe ohne private Einrichtungen ein unerfüllbarer Wunsch – sie wäre schlicht nicht machbar. Doch obwohl die Bedeutung der privaten Einrichtungen unbestritten ist, fehlt bis heute die tatsächliche Anerkennung seitens der Stadt. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der fehlenden Transparenz hinsichtlich der Kosten für einen Betreuungsplatz. Vergleicht man die Förderungen für städtische und private Einrichtungen, ergibt sich dabei ein deutliches Missverhältnis zulasten der privaten Einrichtungen.

Insbesondere da private Einrichtungen in der Qualität nicht selten besser sind als städtische Einrichtungen (hinsichtlich Betreuungsverhältnis, Gruppengröße etc.) ergeben sich daraus zahlreiche Fragen.

Zu diesem Themenkomplex gestellte schriftliche Anfragen ließen vielmehr Fragen offen als das sie eine nachvollziehbare Erklärung lieferten.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal wird aufgefordert, für Kostentransparenz bei Kinderbetreuungsplätzen zu sorgen und die Förderung der privaten Betreuungseinrichtungen entsprechend anzupassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019

| |
|--|
| MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN abgelehnt Eing.: 25. JUNI 2019 PGL-557802-2019-KVPIGAT Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat |
|--|